

Neujahrsansprache 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen, liebe Genossen,

zum Neuen Jahr wünsche ich Ihnen und Euch

- Gesundheit
- Bestätigung im persönlichen und beruflichen Engagement,
- Freude und Glück!

Wenn das alles eintritt, haben Sie und wir alle ein gutes Jahr vor uns!

Dieser Optimismus wird erstmal mit Rückblick auf das vergangene Jahr gebremst.
2008 war ein Jahr tiefgreifender wirtschaftlicher und politischer Veränderungen:

- Bei der Kommunalwahl verliert die CSU im Landkreis Weilheim-Schongau fast überall ihre absoluten Mehrheiten. Es wurde sogar der Landrat von der SPD abgelöst!
- Wer den Landkreis Weilheim-Schongau von Ost nach West durchquert, stößt fast nur auf SPD-Bürgermeister und eine SPD-Bürgermeisterin. Stellvertretend für alle verdienten Genoss/innen: meinen Glückwunsch an Manuela Vanni – sie hat's geschafft!

Womöglich zählt sich - neben dem immensen Aktivität der SPD-Mitglieder – auch das Engagement der Arbeiterbewegung und SPD über Generationen aus: Schon 1919 wurden Delegierte aus Schongau und Weilheim, aus Garmisch und Partenkirchen, sowie aus Landsberg-Stadt zum Rätekongress nach München entsandt!

- Zurück zum letzten Jahr: hier gab es auch bei der Landtagswahl deutliche Veränderungen. Sie wird zu einem Erdbeben für die CSU. Das ist kein Ausrutscher, sondern eine langfristige Entwicklung!

Angelica Dullinger
Bundestagskandidatin für Wahlkreis 226 Weilheim-Schongau

Für die SPD ist der Ausgang teilweise sehr unbefriedigend. Unsere Aufgabe ist, eigene Defizite aufzuarbeiten und langfristig Vertrauen zu gewinnen. In Bayern sind wir die einzige Alternative zur gescheiterten konservativ – neoliberalen Politik!

- Was sich 2008 bei der Wirtschaft verändert hat, ist leidlich bekannt: Sie hat mit einem Aufschwung begonnen und mit einem Krisenrekord geendet.

Aufgrund dieses Desasters ist 2009 das Jahr der Wiederkehr der Politik. Die Märkte, die alles regeln sollten, haben versagt. Ob

- die Finanzmärkte,
- die Rohstoffmärkte,
- die Automärkte...

Mittlerweile befinden sich alle Märkte in der Rezession. Die Märkte und Mechanismen denen nach Auffassung der Neoliberalen alles unterworfen werden sollte, waren

- der Welthandel,
- der Sozialstaat,
- die kommunale Daseinsvorsorge von der Energie- über die Kinderbetreuung bis zum Wasser/Abwasser und ÖPNV,
- die öffentliche Infrastruktur z.B. Post-Bahn-Telekommunikation, Arbeitsvermittlung und „Arbeitsmärkte“.

Teilweise haben sie es geschafft. Leider auch mit Hilfe mancher Sozialdemokrat/innen. Jetzt rufen alle nach dem Staat,

- die Schwärzesten der Schwarzen,
- die Ackermänner,
- die sogenannten Wirtschaftsweisen,
- die Kommentatoren und Berater.

Angelica Dullinger
Bundestagskandidatin für Wahlkreis 226 Weilheim-Schongau

Wenn wir vor einem Jahr gesagt hätten, in USA, Großbritannien und jetzt auch bei uns in Deutschland werden Großbanken verstaatlicht, wäre das keine Pressenotiz Wert gewesen. Gezählt hat immer nur das Gefasel von den Selbstreinigungskräften des Marktes. Es war erst verstummt, als alle mal in den Abgrund geblickt hatten, als die US-Regierung Lehmann-Brothers in Konkurs gehen ließ!

Jetzt soll (und muss!) der Staat, die Politik, es richten! Heute weiß jede und jeder:
Nur durch entschlossenes politisches Handeln kann

- der Absturz der Wirtschaft verhindert,
- das Ersparte gesichert,
- möglichst viele Arbeitsplätze erhalten und
- der Klimakollaps gebremst werden.

Aber Achtung! Nicht „Politik“ schlechthin kann das richten, sondern die richtige Politik.

- Es kann nicht einfach durchgehen, dass jetzt diejenigen, die seit Jahren maßlos
 - nach Steuersenkungen gerufen haben und noch rufen, wie Bundestagsabgeordneter Dobrindt von der CSU,
 - jede Steuerlücke und – oase gesucht haben,
 - die Politik verhöhnt und den Staat missachtet haben,
 - auf Kosten der Allgemeinheit gezockt und abkassiert haben,jetzt quasi ungestraft am weitesten die Hand aufhalten nach dem Geld, das andere bezahlt haben. Gut, dass der Staat nicht so schwach ist, wie die (und die FDP/CDU/CSU) ihn immer haben wollten.
- Es kann nicht angehen, dass diese Herrschaften in den Banken sich jetzt zieren, unter den Schirm zu gehen, bloß weil sie dann keine uferlosen Managergehälter oder beliebigen Dividendenausschüttungen mehr bekommen. Oder weil der Staat es wagt, zu kontrollieren, was mit dem Geld der Steuerzahlenden passiert.
- Es kann auch nicht angehen, wie es Schwarz-Geld in Bayern machen will: Heute bis zu 30 Mrd. Euro (das entspricht der Hälfte des Staatshaushalts) in die Bayern LB schieben, sie damit retten, mehr als 5000 Stellen abbauen, dann sanieren und heute schon festlegen: 2015 wird privatisiert.

Angelica Dullinger
Bundestagskandidatin für Wahlkreis 226 Weilheim-Schongau

- Auch das Seehofer-Modell kann nicht funktionieren: am gleichen Tag bis zu 30 Mrd. Euro in die Bayern LB schieben, in Berlin Einkommenssteuersenkungen fordern, die vor allem Spitzenverdienenden zugute kommen und einen ausgeglichenen Haushalt ankündigen. Wenn er das schafft, könnte er mit dieser Nummer im Zirkus auftreten!

Solche Ankündigungen sind unsauber und unehrlich. Schon deshalb müssen wir darauf bestehen, dass schonungslos aufgearbeitet wird, was hier eigentlich passiert ist, was die Ursachen sind.

Es muss uns doch beunruhigen, dass sich – bis auf wenige Ausnahmen – die Täter als Opfer darstellen. An den Weihnachts- und Neujahrsansprachen hat am meisten enttäuscht, dass pathetische Krisen- und Durchhalteparolen verkündet werden, aber jeder Hauch von Selbstkritik fehlt.

Wäre es nicht angebracht gewesen, Bundeskanzlerin Merkel hätte mal wenigstens angedeutet: „Da und dort habe ich mich geirrt“. Oder der Bundespräsident, der sich als Weltbank-Präsident als knallharter Verfechter der Finanzmarktliberalisierung einen Namen gemacht hat: „Ich habe mich geirrt“. Nichts davon war zu hören.

Ohne das hier im Detail erläutern zu können müssen die Ursachen in allen Dimensionen klar benannt werden:

1. Sicher gab es kriminelles Verhalten, maßlose ‚Gier und Bereicherung, grandiose Selbstüberschätzung und Fehleinschätzungen, individuelles Versagen bei übersteigertem Selbstbewusstsein – klar. Aber das ist nicht alles. Es gab und gibt Fehler im System.
2. Deregulierung, Mangel an Transparenz und wirksame Kontrollen auf den Finanzmärkten, fehlende internationale Regeln, fehlende Haftung bei Verantwortlichen usw., aber auch
3. tiefgreifende strukturelle Fehlentwicklungen im gesamten Wirtschaftssystem, das sind

Angelica Dullinger

Bundestagskandidatin für Wahlkreis 226 Weilheim-Schongau

a) Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft durch verschärfte Standortkonkurrenz: ständig wachsende Export- und Leistungsbilanzüberschüsse hier (Deutschland, China, Japan) und ständig wachsende Defizite dort (USA, Großbritannien). Dafür waren zum Ausgleich explodierende Finanzmassen notwendig. Dazu kommen

b) wachsende Ungleichgewichte innerhalb fast aller Volkswirtschaften zwischen arm und reich: einerseits Sozialabbau, Steuerdumping, Lohn- und Sozialdumping, sinkende Lohnquoten und andererseits die dynamische Anhäufung von Geld- und Finanzvermögen bei immer weniger Superreichen, die immer größere Finanzmassen über die Welt jagen und damit immer wildere Spekulationen betreiben.

Auch das führt zur unverhältnismäßigen Aufblähung der Finanzmärkte. Diese Finanzmärkte erfüllen schon lange nicht mehr ihre Aufgabe, Kapital dorthin zu lenken, wo es am sinnvollsten eingesetzt werden kann, sondern sie wirken immer stärker zerstörerisch.

Deshalb geht es jetzt politisch darum, diese Ursachen zu erkennen und die richtigen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Es kann nicht sein, dass wir in einen Rausch der Steuermilliarden verfallen und nur Symptome überdecken. Handeln jetzt heißt: stark, schnell, gezielt und international abgestimmt.

Wir brauchen:

1. Regeln für die Finanzmärkte.
2. Wir brauchen keine allgemeine Steuersenkungen (CSU und FDP). Die Steuerquote ist ohnehin zu niedrig, vor allem bei der Kapital- und Unternehmensbesteuerung. Wir müssen erst die Probleme bei der Progressionszone und bei den Sozialabgaben beseitigen. Deshalb möchte die SPD
 - den Sonderbeitrag der Arbeitnehmer zur gesetzlichen Krankenversicherung von 0,9% abschaffen!
 - einen Kinderbonus von 200 Euro und was aus meiner Sicht noch wichtiger ist:
 - den Hartz IV-Satz für Kinder erhöhen!

Angelica Dullinger

Bundestagskandidatin für Wahlkreis 226 Weilheim-Schongau

Die Gegenfinanzierung sollte über eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes um 2,5% erfolgen. Das hat die SPD innerhalb der Großen Koalition nicht durchgesetzt. Darüber hinaus fordert die SPD Oberbayern die Erhebung der Vermögenssteuer und die Einführung der Börsenumsatzsteuer.

Weitere Gegenmaßnahmen stecken

3. in der Arbeitsmarktpolitik: in der Qualifizierung und Weiterbildung bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit und
4. Wir brauchen den Mindestlohn. Das ist mehr Geld für die, die es brauchen und sofort ausgeben und für alle, die es dringend für die Alterssicherung brauchen:
 - das sind Menschen mit niedrigem Einkommen,
 - das sind vor allem Frauen, weil sie grundsätzlich einen schlechteren Zugang zur Alterssicherung als Männer haben.
5. Wir müssen Geld gezielt einsetzen für Arbeit, Umwelt, Innovation, Bildung, in Form von Deutschlandfonds, damit wird der Mittelstand unterstützt. Mit Geldern...
 - für kommunale Investitionen (Bedarf lt. OBB Ude: 700 Mrd. Euro)
 - vom Bund für die Infrastruktur (Verkehr),
 - für Gebäudesanierungen (Stichwort: Wärmedämmung, dezentrale und regionale Energieversorgung),
 - für die Forschung, hinsichtlich der Mobilität von morgen,
 - für die Netze bei Telekommunikation und Energie,
 - und die Verschrottungsprämie.

Das kann nicht das Ende der Fahnenstange sein. Wer die Automobilindustrie fördern will, sollte gezielt in die Produktion von „3-I-Autos“ mit verbindlichen Vorgaben investieren. Ein „weiter so“ nach amerikanischem Vorbild – Pendeln bis ans Ende der Welt auf Kosten der Landschaft und auf Kosten der Gemeinschaft darf es nicht geben.

Angelica Dullinger
Bundestagskandidatin für Wahlkreis 226 Weilheim-Schongau

Angesichts des Klimawandels muss der Schienenverkehr wieder aktiv gefördert und günstige Mobilitätskarten für Familien eingeführt werden, wie es das „Bündnis Bahn für Alle“ vorschlägt.

Angesichts aktueller Krisen und Kriege muss die Rüstungsproduktion wenigstens in Deutschland Zug um Zug auf alternative Produktionen umgestellt werden: Jährlich werden Rüstungsgüter im Wert von 8 Mrd. Euro ausgeführt, auch in Länder, die durch Menschenrechtsverletzungen gegen den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte verstoßen.

Über 80% der deutschen Bevölkerung sprechen sich dafür aus, dass Atombomben auf deutschem Boden umgehend beseitigt werden. Und wenn's schon darum geht, Politik für die Menschen zu machen, muss an dem Ausstieg der Atomenergie festgehalten werden. Nur dann wird ausreichend in alternative Energien investiert!

Das alles muss passieren unter der Devise: Lieber heute Investitionen und Binnenkaufkraft finanzieren, als morgen Arbeitslosigkeit und Krisenfolgen!

Damit das erfolgreich ist, muss diese Politik international koordiniert werden. Das ist die Stunde Europas und die neue Chance für Europa: eine Mehrheit für die Sozialdemokratie im Europäischen Parlament am 07. Juni 2009 wählen!

Wir wollen nicht, wie Merkel und Sarkozy „den Kapitalismus erneuern“.

Wir wollen: eine solidarische Wirtschaft!

Die Krise erfordert Lernen, Neues Denken, Neues Handeln.

Vielleicht so, wie bei dem Roman über „Genosse Nachwuchs“, der die Welt verändern wollte... Er lässt sich von Phrasen und Fehlentscheidungen nicht mehr ärgern oder beirren. Er hat sich fest vorgenommen, dass er nicht mehr *still*-sitzt, sondern künftig mit-*redet*!

Angelica Dullinger
Bundestagskandidatin für Wahlkreis 226 Weilheim-Schongau

Wir haben in der SPD eine gute Tradition, mitzureden und mitzugestalten. Ein Beispiel aus Peißenberg:

Dort hat bereits in den 80er Jahren der „Sozi“ Matthias Fürler – unterstützt von anderen Gemeinderäten - eine Umgehungsstraße gefordert. Zu Zeiten der Regierungszeit der Konservativen ist in dieser Hinsicht nichts passiert.

Im Jahr 2001 hat dann der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel das damalige Mitglied der rot-grünen Bundesregierung, Dr. Peter Struck, Bundesminister a.D., nach Peißenberg eingeladen und vor Ort mit der Dringlichkeit der Umgehungsstraße konfrontiert.

Er hörte nicht nur zu, sondern handelte: aus den von der Rot-Grünen Bundesregierung erzielten UMTS-Erlösen wurden die Gelder für die Umgehungsstraße in Peißenberg bewilligt. Erst dadurch konnte die Straße endlich gebaut werden!

Beharrlichkeit zahlt sich aus, wenn die Richtigen regieren. Mit Euch und mit Ihnen zusammen möchte ich mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass unsere Zukunft wieder sozial gestaltet wird.

In diesem Sinne: reden Sie mit und machen Sie mit, misch Dich ein und mach mit!

Glück auf!